

# Mehr Wert statt Mehrwert

Gibt es eine Zukunft nach dem Kapitalismus? Zwei Vorschläge für neue Wirtschaftsmodelle

ISABEL STRASSHEIM

**Statt Konjunkturprogramme fordern Schweizer Gruppierungen eine andere Wirtschaftsordnung. Sie sehen die Zeit für Alternativen zum Kapitalismus gekommen.**

«Durchgefallen» lautet das Urteil der «Financial Times» (FT). Die Finanzmärkte hätten versagt. Eine höhere Dividende als Aktien versprache nun die Debatte über die Zukunft des Kapitalismus. So wie britische Marktliberalisten der FT die Wirtschaftsordnung hinterfragen, geht die Debatte immer mehr ans Eingemachte.

Beat Ringger zum Beispiel ist Geschäftsführer des Zürcher Denknetzes. In seinem Büro stapeln sich Zeitschriften und Aufsätze auf dem Boden, hier werden buchstäblich Gedanken hin- und herbewegt. Dabei zielen Ringger und das Denknetz auf die Praxis. Unter den Gründern aus Wissenschaft, Gewerkschaften und politischen Bewegungen sind alt Bundesrätin Ruth Dreifuss oder SGB-Präsident Paul Rechsteiner. «Jetzt sind wir in einer Phase, in der es darum geht, wie die Krise gedeutet wird», sagt Ringger. Die Notinterventionen seien vorbei, die einzig darauf zielten, das havarierte System zu retten. Nun sei Zeit für Grundüberlegungen.

**GRUNDSATZFRAGE.** «Die Krise zeigt, dass die herkömmliche Art, gesellschaftlichen Reichtum zu verteilen und über seinen Einsatz zu entscheiden, nicht mehr zeitgemäss ist», sagt Ringger. Er ist zugleich Zentralsekretär der Gewerkschaft VPOD. Aber halt. Anders als bei den Gewerkschaftsdebatten über Lohngerechtigkeit geht es Ringger und dem linken Thin-Tank hier um etwas Grundsätzlicheres.

Der Kapitalismus sei nämlich nicht nur unsozial, sondern vielmehr in einer grundlegenden Krise. Damit stimmt Ringger mit der FT überein, die das System mit dem Subprime-Fiasko für gescheitert hält. So fordert auch der FT-Chefkommentator Martin Wolf, dass Firmen nicht mehr von Banken, Hedge-Fonds oder Märkten gesteuert werden sollen. Ebenso fordern Ringger und



**Hammering Man.** Neue Profile für Mensch und Arbeit gesucht. Foto Keystone

das Denknetz, Kapital solle für realen Nutzen eingesetzt werden und nicht als Spekulationsmittel Blasen treiben. «Derzeit fliesst das Geld dorthin, wo die höchste Rendite erwartet wird und eben nicht, wo realer Nutzen produziert wird.»

Wo aber liegt der grösste Nutzen und wie werden Investitionen dorthin gelenkt? Ringger antwortet zunächst grundsätzlich: «Einen Gegensatz zwischen Wirtschaft und Gesellschaft gibt es nur, wenn die Wirtschaft sich abkoppelt und nur noch den eigenen Regeln folgt.» Viele Kleinbetriebe gäben ein positives Beispiel, weil es ihnen nicht in erster Linie um möglichst viel Gewinn gehe, sondern um befriedigende und sinnvolle Arbeit im Dienst der Kundinnen und Kunden. «Also um Nutzen.»

Konkret will Ringger einen starken Service public. «Kinder- und Altenbetreuung müssen markant ausgebaut werden.» Gefördert werden sollen zukunftsorientierte Unternehmen, etwa für einen klimaneutralen Energieverbrauch. Ein Klimafonds, der jährlich mit fünf Milliarden Franken an Steuergeldern gespiesen wird,

soll diese Firmen fördern. «Das würde eine enorme positive Dynamik auslösen.» Finanziert würde ein solcher Fonds durch stark progressive Steuern auf Gewinne und Einkommen – Gelder, die in den letzten Jahren überwiegend in die Spekulation geflossen seien, statt Nutzen zu erzeugen.

**NEUE KRITERIEN.** Zudem solle die Kreditvergabe der Banken an ökologische und soziale Kriterien geknüpft werden. Dabei müssten Banken nicht prinzipiell staatlich sein. Ringger spricht sich aber für eine Verstaatlichung von Schlüsselindustrien aus, die allein wegen ihrer Grösse bestimmend für die Wirtschaft eines Landes sind. «Es kann nicht sein, dass diese wichtigen Konzerne allein privaten Gewinninteressen dienen.» Für die Schweiz hiesse das, neben den beiden Grossbanken insbesondere die Chemie- und Pharmafirmen einer grundsätzlichen öffentlichen Kontrolle zu unterstellen.

Der Verein Integrale Politik setzt noch grundsätzlicher an. Ihm geht es um ein neues Menschenbild. Sieht die klassische Wirtschaftslehre den Men-

schen als rationalen und gewinnorientierten Homo oeconomicus, muss das nicht das Ende der Fahnenstange der menschlichen Entwicklung sein. Im integralen Wirtschaftsmodell des Vereins geht es neben den materiellen Bedürfnissen so auch um das Streben nach Ethik oder Sinn. Letztlich um ein erweitertes Bewusstsein. «Der Anreiz für die Menschen wird dann weniger höheres Einkommen sein, viel wichtiger wird ihm die Befriedigung seiner nichtmateriellen Bedürfnisse, welche für die Zufriedenheit bedeutender sind», sagt Vereins-Co-Präsident Gil Ducommun.

Das hat gewichtige Konsequenzen, denn so entfällt die endlose Spirale der Ersatzbefriedigung über das Materielle. Und das scheinbar zwingende Wirtschaftswachstum.

Dem ehemaligen Dozenten für Entwicklungspolitik und Agrarökonomie der Tropen, Ducommun, geht es um eine Kreislaufwirtschaft auf hohem Niveau. Der Verein, der im kommenden Sommer eine Partei gründen will, wenn seine Mitgliederzahl von derzeit 310 auf rund 1000 gewachsen sein

sollte, will aber nicht ins Mittelalter zurück. Vielmehr geht es ihm um neue Indikatoren für Lebensqualität, und zwar über die rein materiellen hinaus. Zum Beispiel um ökologische Effizienz, Partizipation sowie Sicherheit und Befindlichkeit.

**VERANTWORTUNG.** Mit Ausnahme der kleinen Familienbetriebe sollen die Firmen in Mitarbeitergenossenschaften und -aktiengesellschaften überführt werden, so Ducommun. Gemäss dem Subsidiaritätsprinzip sollen die Mitarbeitenden an Unternehmensentscheidungen mitwirken. «Heute darf in den westlichen Demokratien jeder Bürger und jede Bürgerin politisch mitbestimmen. Die nächste Stufe der Demokratie wäre nun, dass wir alle auch wirtschaftliche Verantwortung übernehmen», sagt Ducommun.

Nach der Kernschmelze des Kapitalismus steht bislang nur eines fest: Neue Modelle sind erst mal sperrig und fremd. Die Debatte über die Zukunft hat erst angefangen.

> [www.denknetz-online.ch](http://www.denknetz-online.ch)  
> [www.integrale-politik.ch](http://www.integrale-politik.ch)

nachrichten

## Fust will Läden der Konkurrenz kaufen

**ZÜRICH.** Die Elektro-Handelskette Fust will ihre Präsenz in der Westschweiz verstärken. Die Coop-Tochter verhandelt mit der britischen Kesa Electrical Gruppe über den Kauf ihrer Schweizer Darty-Geschäfte. Der Verkaufspreis für die Darty-Geschäfte soll bei 20 Millionen Franken liegen. Die Verhandlungen sollen in den nächsten Wochen abgeschlossen werden. Bei Fust wurden keine weiteren Angaben gemacht. Darty hat fünf Geschäfte in der Westschweiz mit einer Fläche von total 7000 Quadratmetern. SDA

## Calida streicht Stellen bei Tochter Aubade

**SURSEE.** Der Wäschehersteller Calida greift wegen eines Nachfrageeinbruchs bei seiner französischen Luxus-Lingerie-Tochter Aubade zu Sparmassnahmen. Am Standort St.-Savin in Südwestfrankreich sollen 104 Stellen gestrichen werden. Auf der vor vier Jahren übernommenen Aubade muss Calida zudem Abschreiber vornehmen. Die Wertberichtigung und die Restrukturierungskosten werden das diesjährige Konzernergebnis um rund 59 Millionen Franken belasten. SDA

## Unmut unter den Jelmoli-Aktionären

**ZÜRICH.** An der Jelmoli-GV haben zahlreiche Aktionäre die Möglichkeit genutzt, mit der Führung abzurechnen und das Übernahmeangebot von Swiss Prime Site zu kritisieren. Dennoch wurden sämtliche Beschlüsse gemäss den Anträgen des Verwaltungsrats gefasst. Unter Beschuss geriet der Lohn von Präsident Christopher Chambers, der 2,5 Millionen Franken betrug. SDA

## Ausblick für Basel eingetrübt

**FRANKFURT.** Die Rating-Agentur Standard & Poor's (S&P) hat den Ausblick für den Kanton Basel-Stadt von «Positiv» auf «Stabil» geändert. Die Kreditratings AA+ für die lange Frist sowie A-1+ für die kurze Frist bleiben unverändert. S&P erklärt die Änderung mit der Erwartung einer höheren Verschuldung wegen tieferer Steuereinnahmen. Jedoch erwartet die Agentur auch in der Zukunft im Schweizer Vergleich überdurchschnittliche Wachstumsraten für die regionale Wirtschaft. Die Revision des Ausblicks gilt wegen der Staatsgarantie auch für die Basler Kantonbank. dba

bundesgericht

## «La Poste» ist nicht die Post

Keine Verwechslungsgefahr

**LAUSANNE.** Obschon die Verwechslungsgefahr mit der Schweizerischen Post erheblich ist, erhält die französische «La Poste» in der Schweiz eine Konzession für die Beförderung von Briefpostsendungen und Paketen bis 20 Kilogramm, die an ausländische Kunden adressiert sind. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden. Vor etwas mehr als einem Jahr erteilte das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) dem französischen Unternehmen «La Poste» eine Konzession. Die Schweizerische Post erhob dagegen Beschwerde ans Bundesverwaltungsgericht. Sie argumentierte, es entstehe für das Publikum in der Schweiz eine «hochgradige Verwechslungsgefahr», weshalb die Konzession zu verweigern sei. Es gehe dem in Paris ansässigen Unternehmen, das in der Schweiz mit der Tochtergesellschaft DPD bereits heute über eine Konzession verfüge, nur darum, firmenrechtliche und markenrechtliche Bestimmungen zu umgehen. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Beschwerde nun abgewiesen. tzi

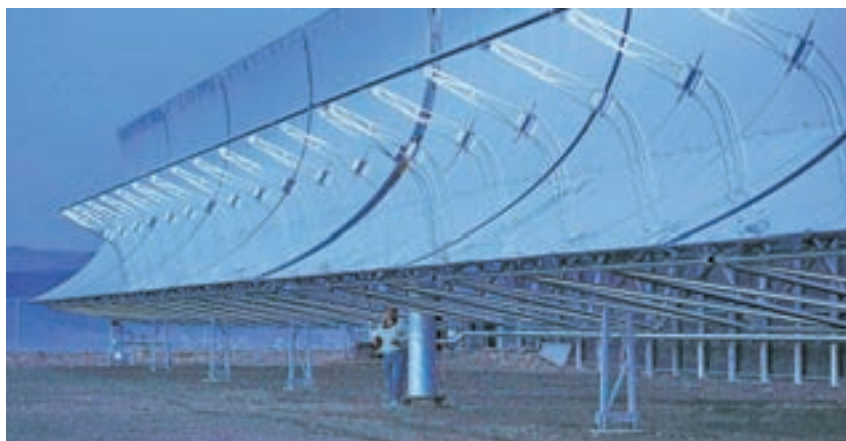
# Münchener Rück plant Solarkraftwerk in der Wüste

Deutsche Konzerne wollen 600 Milliarden Franken in Nordafrika investieren

CHRISTIAN MIHATSCH

**Die einen haben Sonne und Platz, die anderen brauchen Energie. Auf dieser Grundlage soll eine europäisch-nordafrikanische Energieallianz entstehen. Technisch ist das Projekt machbar. Ob es auch finanzierbar und politisch durchsetzbar ist, soll sich nun zeigen.**

Kohle und Gas erzeugen viel Kohlendioxid, Kernspaltung ist finanziell, politisch und ökologisch riskant. Die drei wichtigsten Quellen für Europas Stromversorgung haben alle gravierende Nachteile. Die Sonne hingegen liefert kostenlos und zuverlässig Energie in rauen Mengen. Das Problem ist nur, dass es in Europa zu oft regnet, und der Platz für grosse Solarkraftwerke ist auch nicht da. In der Sahara ist dies genau umgekehrt. Diesen Umstand will sich nun ein Konsortium deutscher Firmen rund um den Rückversicherer Münchener Rück zunutze machen. Es plant ein Projekt der Superlative: Desertec. Am 13. Juli möchte die Münchener Rück ihr Desertec-Konsortium aus der Taufe zu heben. Wer dazu gehört, ist noch nicht offiziell bekannt. Es soll sich aber um 20 deutsche Konzerne



**Rinne.** Mit solchen Solarrinnen soll Strom erzeugt werden. Foto Reuters

handeln, darunter den Anlagenbauer Siemens, die Energieerzeuger RWE und Eon sowie die Deutsche Bank.

**TECHNIK.** Das Investitionsvolumen beträgt 600 Milliarden Franken, mehr als das Bruttoinlandprodukt der Schweiz. Dafür sollen 15 Prozent des europäischen Stromverbrauchs in einem Netz aus solarthermischen Kraftwerken in der Sahara und im Nahem Osten er-

zeugt werden. Die Technik ist simpel: Mit Spiegeln wird Sonnenlicht auf eine Röhre konzentriert, in der Öl fließt. Das Öl erhitzt sich, und mit dieser Hitze wird Wasserdampf erzeugt, der dann in herkömmlichen Dampfturbinen zur Stromerzeugung verwendet wird.

Damit die Turbinen auch nachts laufen, kann die Hitze in flüssigem Salz zwischengelagert werden. In der amerikanischen Mojave-Wüste stehen

Kraftwerke, die seit über 20 Jahren nach diesem Prinzip funktionieren.

**GLEICHSTROM.** Doch wie kommt der Strom aus der Wüste in die Steckdose? Hier planen die Erfinder des Konzepts im deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt ebenfalls gross: Sie wollen Nordafrika, den Nahen Osten und Europa mit einem Supergrid überziehen. Im Gegensatz zu den bestehenden Netzen setzen sie aber auf Gleich- statt auf Wechselstrom. So können die Verluste beim Stromtransport über die grossen Distanzen auf 15 Prozent reduziert werden. Sowohl ABB wie auch Siemens haben bestätigt, dass der Aufbau eines solchen Netzes technisch machbar wäre. Ein solches Supergrid hätte zudem den Vorteil, dass es auch für den Transport des schwankungsanfälligen europäischen Windstroms genutzt werden könnte.

Technisch ist das Projekt also machbar. Aber rechnet es sich auch? Die Initiatoren des Projekts, darunter der Club of Rome, sagen Ja: Sie versprechen, Strom für 7,5 Rappen pro Kilowattstunde liefern zu können.